

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“.

Schalter-Halle geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 25 Pf. 1.40 monatlich, 25 Pf. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn, 25 Pf. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausdrücklich Bestellgeld. — Bezug-Bestellagen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckstr. 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Berlitz:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-33.

Von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Postkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Einzelgen-Preis für die Zelle: 25 Pf. für örtliche Anzeigen; 25 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Pf. für örtliche Notizen; 2.50 Pf. für auswärtige Notizen. 20% Teuerungs-Zuschlag. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachschlag. — Anzeigen-Nahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewebe übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelstraße 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüdzow 6202 und 6203.

Dienstag, 10. Dezember 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 576. • 66. Jahrgang.

Unheilbar?

Von Geheimrat Dr. Maure-Wiesbaden.

Die Forderung der Stunde war die Einigung der bürgerlichen Parteien. Das konnte eine einheitliche politisch-bürgerliche Partei nicht erwartet werden, aber die Herausgestaltung einer Rechten und einer Linken musste — unbedacht der eigenartigen Stellung des Zentrum — zustehen. Viel heftes Bemühen ist darauf verwandt worden, die Linke zu der so lange schon erstreben großen liberalen Partei zu einen; es ist nur teilweise gelungen. Wenn heute das Ergebnis für Nassau ein negatives ist, so trifft die Schuld vorwiegend die demokratische Partei für Wiesbaden-Frankfurt. Auch in Wiesbaden hat es nicht an Bemühen gefehlt, die alten Organisationen der fortschrittlichen und nationalliberalen Parteien unter neuen Namen mit neuen Zielen zu einen. Noch am Sonntag vor 3 Tagen schienen die Dinge gut zu stehen, eine Beichthaltung der nationalliberalen Partei wurde ausgesetzt in Erwartung der in Berlin bevorstehenden Einigung der demokratischen und der Volkspartei. In die Fortsetzung ihrer Beratung am vergangenen Sonntag münkte über wie eine Bombe die Resolution ein, welche als das Ergebnis des demokratischen Landesverteittags mitgeteilt worden ist. Der Geist der Unverhönllichkeit und des entherzigen Programmschundrums, den sie atmet stempelt alle zu Charakterloren, welche glaubten, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen und in der neuen demokratischen Partei die bitter notwendige Einheit erstreben zu müssen, obwohl schon ein überzeugtes Votenntis zu dem vorläufig doch noch ganz vorvieren Programm dieser Partei abheben zu können. Umherum muss jetzt ein jeder. Aber dazu bedarf es auch der Zeit und gerade ernsthafte Politiker und alle, welche lang gehegte Ideale heute begraben leben, werden nicht ganz so fröhlich gedankenlos umzulernen vermögen, wie das den vielen politisch Überflächlichen möglich geworden ist.

Was sagt nun die Resolution der unentwegten Demokraten? Sie lehnt den Eintritt nationalliberaler und anderer „rechts“ liegender Organisationen ab, verlangt demokratische „Überzeugung“ und in der Zeitung Leute, die sich bereits demokratisch „betätigt“ haben. Ob alle Mitglieder der demokratischen Partei Wiesbaden, ob insbesondere ihr neu gewählter Vorstand das Examen rigorosum, dem sie danach zu unterwerfen wären, bestehen würden? Wo war denn seither die Möglichkeit einer demokratischen Betätigung gegeben? Man konnte in vielem demokratisch denken, ohne einer Partei anzugehören, die sich zur demokratischen Staatsform bekannte. Die Gefahren der Demokratie, die aus unserem Volkscharakter und unserer Parteiplattierung entspringen, hat so viele bedenkllich gemacht, eine theoretische Anschauung auch praktisch für das Beste zu halten. Fest haben wir eine demokratische Staatsform, sie so auszustalten, dass das deutsche Volk dabei glücklicher wird, ist die Aufgabe der Zukunft. Ob sie gelingen wird, ob unser Volk, das im Grunde monarchisch empfunden, dabei besser fahren wird, muss sich erst noch zeigen. Auch Max Weber zieht die Monarchie vor. Nicht als das ernste Bemühen, auf dem politischen Grundlage zur Ausgestaltung der Zukunft zu wirken, kann von den Anhängern der alten liberalen Parteien nicht verlangt werden. Fest war der arzt Augenblick zur Einigung da. Wenn man jetzt warten wollte, bis die Männer des äußeren rechten Flügels der Nationalliberalen zu überzeugten Demokraten geworden seien, könnte man die Einigung für alle Seiten vertragen. Selen da die Einigung mit denen, die sich wirklich auf den Boden der neuen Tatsachen stellen möchten, so war viel erreicht. Die Überzeugten hätten ja dann ein dankbares Wirkungsfeld für die Nachkriegszeit.

Da fährt wie ein Donnenschlag ins Gesicht auch den bestehenden der nationalliberalen Partei die Resolution dazwischen mit dem Verlangen eines „Bekenntnisses“. So wundervollig Politiker, wie sie sich im alten Fortschritt finden, der ja seine Firma schon mehr wie ein halbes Dutzend mal geändert hat und denen auch dieses neue Firmenbild heranzuhängen nicht schwer wird, beiße sie und die Parteien freilich nicht. Die nationalliberalen Partei insbesondere hat einen ausgeprägten rechten und einen ebenso ausgeprägten linken Flügel. Das war ihr Not, aber einzig war man in dem starken Gedanken der Reichsstaat. Und dieser Gedanke, jetzt mit aller Kraft in der schwer beherrschten Einheit festgehalten, und der zweite der unbedingten Front gegen die Sozialdemokratie und ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Deutschlands zerstörenden revolutionären Forderungen: Das sind die zwei Einführungsgedanken der Gegenwart. Wer die erfüllt und, von dem liberalen Geist des Fortschritts getragen, die neuen Wege betreten wollte, der hätte willkommen geheißen werden können.

Welcher Nationalliberalen wird aber auf die Provokation dieser Resolution seine alten Partei den Rücken lehnen? Nicht der Liberalismus, nicht den Herren, die das beschlossen haben, das einigende Band, sondern die Demokratie. Da in allerdringlich zu befürchten, dass ihm die Front gegen die Sozialdemokratie nicht als das Wichtigste erscheinen könnte, während sie doch in Wirklichkeit die Hauptkraft sein muss. Als die Sozialdemokratie um die soziale Verbesserung der Massen ringt, konnte man wohl eine Stelle mit ihr einzuwenden, und wir hätten ohne sie keine soziale Beschämung. Aber heute, wo sie in der Macht sitzt und diese Macht rücksichtslos in gänzlich undemokratischem Sinn nebringt, gibt es nur die geschlossene Front gegen sie.

Gern hätte man daher die Auflösung der nationalliberalen Partei wie die der fortschrittlichen Volkspartei gehabt, wenn sich die neue demokratische Partei mit einem neuen wahrhaft liberalen Geist erfüllt hätte. Schließlich ist hier oder der alte, enge, bürgerliche Geist der Fortschrittspartei, nur ohne die starke Richtung der Tradition Eugen Richters, aber bei einer gewissen Richtung neu aufzulösen mit der Selbstüberhebung des sozialen Demokratismus. Da kann ein charakterreicher Mann nicht mithin, auch beim besten Einigungswillen nicht. Die Schuld aber für die Unheilbarkeit des alten Rücks, der der Liberalismus zur Einflusslosigkeit verurteilt hat, tragen allein die Unentwegten der demokratischen Partei.

Wir haben den Herrn Verfasser gern zu Worte kommen lassen, ohne an einzelnen Schärten und Spalten, die uns nicht zusagen, etwas zu ändern. Ganz seine ira et studio sind diese Gedanken nicht niedergeschrieben. Wir können aber einen gewissen Sinn über die engherzige Stellungnahme des Wiesbaden-Frankfurter Parteitags — wer von beiden Städten die Hauptfeindliche ist, wissen wir nicht — sehr wohl verstehen. Wir teilen vielmehr unverkennbar diesen Sinn, weil politischer Unverständnis und eine Politik, die in mir nicht als eine staatsbürgerliche oder gar bürgerliche, sondern nur als eine Künigelpolitik bezeichnet kann, die Hoffnungsvollen keine einzige liberale Einigung in unserem Bezirk wieder jäh zertreten hat. „Die Fenster auf, die Herzen auf“ für alle, die hineinwollen, haben wir neulich gesagt; es gilt jetzt eine im besten Sinne liberale Taktik bei der Aufnahme der Mitglieder, eine im besten Sinne demokratisch beim Aufbau der Parteorganisation. Es ist durchaus undemokratisch, Parteimitglieder zweiter Klasse schaffen zu wollen. Die Herren vom Parteitag haben mit ihrer Entschließung brüsk das Fenster zugeschlagen. Das Echo in der nationalliberalen Parteivereinigung vom Sonntag konnte gar nicht anders erkennen. Wir haben deswegen mit Herrn Geheimrat Maure einmal einem nationalliberalen Herrn das Wort gegeben, — selbstverständlich ohne uns mit dem Gezüten gleichzuleben. Über wie man in den Wald hineintritt, so schallt es heraus. Dass die Laar im übrigen wirklich „unheilbar“ sein soll mögen wir vor der augenblicklichen unerträglichen Entwickelung noch nicht glauben. Wir werden jedenfalls unsererseits die Bemühungen nicht aufzugeben im Sinne einer Einigung. Die Befürstende müssen zu überwinden sein. Wir brauchen unbedingt auch hier eine einheitlich große demokratische Partei. Die Parteiplattierung des Zentrum muss ein Ende haben. Es bedarf ganz dringend des neuen Geistes! Hbg.

Entente-Maßnahmen gegen die jetzige deutsche Regierung?

Noch zum Einmarsch in Deutschland bereit.

Br. Genf, 10. Dez. (Sig. Druckbericht.) „Doch“ Moell medet: Bei den Alliierten denkt man nicht an die Aufnahme von Verbündeten mit der zurzeit ohne Machtmittel daselbst den Regierung in Berlin.

Br. Rotterdam, 10. Dez. (Sig. Druckbericht.) Nach einer Meldung der „Morning Post“ ist Marschall Foch mit der Leitung der eventuell notwendig werdenden militärischen Maßnahmen gegen die deutsche Anarchie beauftragt worden.

Br. Genf, 10. Dez. (Sig. Druckbericht.) „Echo de Paris“ meldet: Nach einem Bericht Picard im Kammerausschuss sei noch zum Einmarsch in Deutschland bereit. Die Frist der deutschen Bolschewiki zähle nur noch wenigen Wochen.

Die Frage der Besetzung Berlins.

Br. Berlin, 10. Dez. (Sig. Druckbericht.) Die „Kölner Volkszeitung“ erhält aus politischen Kreisen: Blättermeldungen aufgrund Beobachtung der Bierverband Truppen zur Berichterstattung des Polizeidienstes nach Berlin zu schicken. In diesem Fall ist mit der Möglichkeit des Einmarsches von Verbündeten in Berlin zu rechnen. Wie das Blatt weiter erfährt, wird in Kreisen der Reichsregierung befürchtet, dass der Bierverband ein Ultimatum stellen wird, damit eine gesetzliche Grundlage für Ruhe und Ordnung geschaffen wird, andererseits die Amerikaner ver-

ein mit drei Armeeforsen besetzen. Es liegt Grund zu der Annahme vor, doch dieses Ultimatum des Bierverbands ist kurzfristig sein wird, so dass die zu wählende Nationalversammlung nicht abgewählt werden kann.

Lloyd Georges „gerechte“ Friedensbedingungen.

W. B. London, 10. Dez. (Druckbericht. Neuter.) In einer Fronveranstaltung in London sagte Lloyd George zur Frage der Friedensbedingungen: „Es muss einen Frieden geben, der zukünftige Kriege unmöglich macht oder doch mindestens erschwert. Es muss ein gerechter Friede sein. Die Bedingungen dürfen keine leichten sein, sonst wären sie nicht gerecht. Denn leichte Bedingungen würden zu einem neuen Krieg anreizen. Nicht um Nache, sondern um Gerechtigkeit handelt es sich. Ein Friede der Nache würde nicht Gerechtigkeit sein. Wir dürfen keine Elsaß-Lothringische Frage haben, aus dem einfachen Grund, weil wir nur den freien Deutschland wiederholen. Der Friede muss streng, gerecht und billig sein. Die für die Schaden dieses Kriegs Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezwungen werden. Dieses ist um so notwendiger, je höher sie liegen. Ohne sie wäre es nicht zum Krieg gekommen. Unser Urteil muss derart ausfallen, dass Kriegsfeuer und Kriegsprinzipien für alle Gewalt wissen, dass wenn sie Verschrechungen dieser Art über die Erde bringen, die Strafe unauflöslich auf ihr Haupt fallen wird.“ Lloyd George fuhr fort: „Aber das muss sich Soll, das im Krieg sich gut gehalten hat, das in voller Begeisterung in den Kampf zog, das jetzt über den Sieg jubelt würde, wenn er ihm gute geworden wäre, muss auch zur Verantwortung gezwungen werden. Die Böller müssen wissen, dass sie nicht ungestraft einen Krieg anfangen dürfen. Ferner müssen wir bei der Festsetzung der Friedensbedingungen darauf sehen, dass ein Bündnis von Riesenherren, die zur Krieg verleiten und die Krieger in Verführung bringen können, sofort nicht mehr gestattet sein darf. Wenn Friede auf Erden herrschen soll, darf es in Europa keine großen Heere geben. Ich bin ein Anhänger des Bündnisbundes, weil er ein Mittel darstellt, eine Kriegserklärung zu erschweren.“ Auf die Frage, ob die Deutschen aus England ausgesetzt werden sollen, sagte Lloyd George: „Ich kann der Progestellerin versichern, dass auch unsere Männer darauf achten werden. Ich habe wiederholt gesagt, dass nach meiner Ansicht diese Deute die Gaste und schaft mi braucht, und dass man ihnen nicht eine zweite Gelegenheit geben darf, dieses zu tun.“

Gegen die wirtschaftliche Abschließung der linksrheinischen Gebiete.

Ein Protest der Regierung.

W. B. Berlin, 9. Dez. (Amtlich.) Die deutsche Regierung sandte den gegnerischen Regierungen auf dem Kielotischen Wege folgende Note. Marschall Foch ließ am 8. Dezember der Waffenstillstandskommission die Entscheidung zu geben, monach der Bündnismittelverteilt und der gesamte Verkehr der getäumten linksrheinischen Gebiete mit der neutralen Zone und dadurch mit den übrigen Teilen Deutschlands unterbunden wird, da die Aufrechterhaltung der Blockade in dem Waffenstillstandabskommen vorgesehen sei. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, gegen diese Anordnung den stärksten Protest zu erheben, weil diese einseitige Entscheidung mit dem Namen Wortlaut des Waffenstillstandabschlusses in unzulässigem Widerspruch steht. Die angekündigte und teilweise schon durchgeföhrte Maßnahme gibt der bisherigen Blockade eine Ausdehnung auf die Sperrmaßnahmen zu Lande, die mit dem Wesen der Blockade in Widerspruch steht und allen Völkern seit den Zeiten der englischen Kontinentalsperre gegen Frankreich fremd ist. Die angekündigte Bestimmungen des Waffenstillstandabschlusses über die Blockade finden sich daher auch sinngemäß in dem Abschnitt „Planus navalis“ und fortwährend die Aufrechterhaltung der Blockade im gegenwärtigen Ursprung. An der getroffenen Entscheidung liegt jedoch eine ganz erhebliche Verschärfung und Ausdehnung der Blockade, unter welchen die deutsche Frauen- und Kinderwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart leidet. Diese ist auf die Aufzehr von Milch und anderen unentbehrlichen, doch verderblichen Lebensmitteln aus den getäumten Gebieten um so mehr angewiesen, als das deutsche Volk die Verteilung von Lebensmitteln durch die Alliierten, wie sie in den erzähnten Wiederebenebestimmungen des Waffenstillstandes in Aussicht gestellt ist, überhaupt noch nicht erhalten hat. Diese Entscheidung verletzt weiter die Vorschrift des letzten Absatzes des Artikels 4 des Waffenstillstandabschlusses, monach seine allgemeinen staatlichen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der Industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Produktions zur Folge hätten. Durch die verfügte Unterbindung des Verkehrs wird die absolut notwendige gegenseitige Aufzehr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich gemacht, wodurch deren Entwicklung eintritt. Die Produktionsunmöglichkeit zwängt wiederum zur Verringerung des Personals und Arbeitslosigkeit und neues Elend in den willkürlich getrennten deutschen Gebieten sind die unabwendbaren Folgen. Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, diese Frage bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes zu räumen, doch unbedingt des Aussichtsrechtes der Alliierten eine vollkommene Verkehrs freiheit zwischen den getäumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

(Ges.) Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Eine Neugliederung des Reichsgebiets.

Berlin, 9. Dez. Der Völzungsstaat teilt mit: „Im Zusammenhang mit den häufiger auftretenden Nachrichten über Lösungsbestrebungen gewisser deutscher Gebiete erfahrener wir, daß bereits ein Plan ausgearbeitet wird, der das Reichsgebiet in einer neuen Weise gliedern soll, und zwar soll die Neuordnung auf Grund einer wirtschaftlichen Unterlückung der Einzelstaaten nach Wirtschaft und Stämmen berücksichtigt sein, deren Verfasser Bedeutung ist. Das Ministerium des Innern wird bezüglich Beurtheilung der Frage schon in den nächsten Tagen nähertritt.“

Scheidemann über die Festigkeit der Regierung.

W. B. Amsterdam, 10. Dez. (Drahtbericht.) Nach einer Neuermeldung aus London hatte der Berichterstatter des „Daili Express“ in Berlin am 8. Dezember eine Unterredung mit Scheidemann, worin dieser u. a. sagte, daß die deutschen Friedensdelegationen von der jetzigen Regierung ernannt werden müssten, doch darüber aber noch keine Beratungen stattgefunden hätten. Auf die Frage, welche Verteidigung Deutschland den Alliierten für die Festigkeit der gegenwärtigen Regierung geben könne, antwortete Scheidemann: Die Bürgschaft dafür würde die möglichst baldige Einberufung der Nationalversammlung sein. Auf die Frage nach der Haltung der heutigen Regierung gegenüber dem Kaiser und der Anerkennung der Alliierten, daß er vor ein Gericht gestellt werden sollte, antwortete Scheidemann: Die Frage der Errichtung eines Gerichtshofes, der über alle Personen, denen die Schule an dem Ausbruch des Krieges beigebracht wird, aburteilen soll, werde jetzt besprochen. Die Entscheidung müsse von der Nationalversammlung gefällt werden. Scheidemann sprach als seine Ansicht aus, daß der Kaiser bereits genug bestraft sei, doch aber kein Anteil an der Verurteilung des Krieges deutlich festgestellt werden müsse.

Das Gelöbnis der Garde für die Republik.

W. B. Berlin, 9. Dez. Im Staatslicher Rathaus hat sich heute abend 7 Uhr ein feierlicher Akt vollzogen. In Gegenwart der Volksbeauftragten Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann und des Kriegsministers haben Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der deutschen Jägerdivision und der Garde-Kavallerie-Schützendivision für sich und die von ihnen vertretenen Kameraden das feierliche Gelöbnis zur einzigen deutschen Republik abgelegt. Volksbeauftragter Ebert leitete die kurze Feier mit folgenden Worten ein: „Sie lehnen aus dem Gemüte des Krieges zurück und sehen sich in der Heimat gewaltigen Veränderungen gegenüber. Das alte System ist gestürzt. Die deutsche Regierung ist gewillt, neue Verfassungsformen zu schaffen, die die schweren Wunden heilen sollen, welche unser Land in den Jahren des Volkskampfes davongetragen hat. Wie sind von unserem Volle mit der einstweiligen Führerung der Regierungsgeschäfte beauftragt. Friede, Freiheit und Ordnung werden die Sterne sein, denen wir folgen werden. Wir dürfen hoffen, daß Sie uns bei der Lösung der schwierigen Aufgaben unterstützen werden. Ich bitte Sie, folgendes Gelöbnis abzulegen: Wir geloben zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile unsere ganze Kraft für die einzige deutsche Republik und ihre provisorische Regierung und den Rat der Volksbeauftragten einzufehen.“ — Darauf ergriff Generalleutnant Lequias das Wort und wiederholte die Gelöbnisform für alle auwährenden Militärs. Die so auf die Republik und die Reichsregierung verpflichteten Truppen werden morgen ihren Eingang durch das Brandenburger Tor halten.

Der Volksrat für die Republik Hessen.

W. B. Darmstadt, 10. Dez. (Drahtbericht.) Der hiesige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat löst sich auf. Es wird an seiner Stelle der Volksrat für die Republik Hessen gebildet. Dieser Volksrat stützt sich auf alle Bevölkerungsschichten der Republik Hessen, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte werden aufgefordert, ihre Aufgaben dem neu zu bildenden Volksrat zu übertragen. Der hiesige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat schließt sich dem an und konstituiert sich sofort neu als Volksrat.

Ein Umschwung zur Mäßigung bei der Entente?

Br. Südtirol, 10. Dez. (Sig. Drahtbericht.) Eine einigermaßen überraschende, aber wegen ihrer gut informierten Quelle zu beachtende Mitteilung kommt aus Paris. Der vorher Berichterstatter des „Corriere della Sera“ meldet seinem Blatte, die Entente habe sich jetzt für ein Verhalten gegenüber Deutschland entschlossen, daß eine übermäßige Demütigung vermeiden solle. Nach der Meldung des Berichterstatters, die freilich bisher von keiner Seite bestätigt worden ist, beginne die Entente, den völligen Verzicht auf die Debatte über Schadensersatz auf der Friedenskonferenz zu erwägen. Die Schadensersatzangelegenheiten solle dann erst der neu zu berüchtende Völkerbund regeln. Dieser werde darauf sehen, daß die Verteilung der Kosten gerecht sei. Es scheint nach der Meldung auch, daß über die Verteilung der von Deutschland etwa geschuldeten Beiträge unter die einzelnen Entente-mächte eine Einigung bestehet. Das Blatt weist nämlich darauf hin, daß der Völkerbund diese Frage schlichten müsse, damit die Teilung nach Willigkeit geschehe.

Englische Kreuzer vor Danzig.

W. B. Danzig, 9. Dez. Gestern mittag liefen die englischen geschütteten Kreuzer „Centaur“ und „Cavendish“ in den Hafen Reuschenhafen ein. Angeblich sollen sie den Abtransport der in Danzig zusammengezogenen englischen Gefangen en überwachen.

Keine Einigung der Sozialdemokratie.

Br. Berlin, 10. Dez. (Sig. Drahtbericht.) Die von verschiedenen Gruppen der unabhängigen Sozialdemokratie im Reich geprägte Widerverteilung der sozialistischen Richtungen ist auf der dieser Tage in Berlin abgeholten Reichskonferenz der Unabhängigen abgelehnt worden. Die unabhängige Sozialdemokratie hat beschlossen, überall den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen.

Wilhelm II.

Br. Berlin, 10. Dez. (Drahtbericht.) Wie von zuständiger Stelle berichtet wird, ist die Meldung eines auswärtigen Blattes, die deutsche Regierung habe der von der Entente geforderten Auslieferung Wilhelms II. eine Ultimierung erteilt, ungutrichtig.

Die Rückkehr der Helden von Deutsch-Ostafrika.

W. B. Berlin, 9. Dez. Aus Mitteilungen der Vertreter der Alliierten geht hervor, daß die Schaffordnung der Schuttruppe des Generals Lettow-Vorbeck auf englischen Schiffen und daß die Aussiedlung voraussichtlich in Notwendigkeit erlangen soll. Auf einen dringenden Antrag der deutschen Regierung, daß auf diesem Schiff auch die Frauen und Kinder sowie die schwerkranken Männer aus Deutsch-Ostafrika heimgeführt werden, erging bisher eine Antwort noch nicht. Auch sind die Namen der bis zuletzt bei der Schuttruppe befindlich gewesenen Europäer noch nicht mitgeteilt. Anfragen hierüber bei den betreffenden Behörden erbringen sich daher, da derzeitige Nachrichten stets sofort veröffentlicht werden. — Über die Kapitulation des Generals Lettow-Vorbeck teilt die englische Regierung mit, daß dieser Truppe gestattet wurde, die Waffen zu behalten, daß sie einschließlich der vorhandenen Truppen zunächst durch England verpflichtet und befehlt wurde, und daß die ihr angehörenden Europäer auf dem Heimtransport wie gewöhnliche Passagiere behandelt werden sollen.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Allgemeine Ortskrankenfasse im 4. Aktiegssatz.

Die sozialen Einrichtungen des 41-jährigen Kriegs, die Rot und Erbfeind, die sich in freigemachtem Raum unsere Verbesserung aufzufügen mußten und ein unvorstellbares Unwohlsein der Krankenställe, noch besonders erhöht durch das Auftreten der Grippe, im Gefolge hatte, spiegeln sich deutlich im Geschäftsjahrsbericht der Ortskrankenfasse wider und zeigen ihre unerfreulichen Begleiterscheinungen in der geschäftlichen Entwicklung des Instituts. Die Auswirkung, die am Sonnabendmittag der recht zahlreicher Besetzung im Stadtverordneten-Sitzungssaal stattfand, brachte dies klar zum Ausdruck. Herr Stadt. Bauer leitete die Sitzung und berief die Herren Hildebrandt und Drehler zu Befürworten. Der Geschäftsführer Herr Kilius entließ in seinem Geschäftsjahrsbericht ein recht trübes Bild der augenblicklichen Lage der Kasse. Der reichsweite Krankenstand im Zeitraum des Jahres, besonders in den letzten Monaten, stellte Anforderungen an die Kasse, für die die laufenden Einnahmen keinen Rückhalt zu bieten vermochten. Während das ausgesetzte Krankenfond im Jahre 1917 insgesamt 428 000 M. betrug, verlor sie die Kasse im Geschäftsjahr 1918 nicht weniger als 720 000 M. Somit wiesen die Kasse noch ärztliche Behandlung, Arznei, Heilmittel und Arztkostenpflege eine große Steigerung auf, und zwar bis zu 150 000 M. Zur Deckung dieser außerordentlich hohen Kosten haben die ordnungsgemäßen Einnahmen nicht ausgereicht, so daß der Kassenwartstand sich gewusst hat, den Reservefonds anzugreifen und zum Verlust von Wertpapieren im Betrag von 472 000 M. schreiten. Voraussichtlich werde das Jahr mit einem jahrl. Beitrag von 200 000 M. abschließen. Der Reservefonds, der nach der geistlichen Würdigung die Höhe von 1 065 000 M. haben sollte, sei auf 212 000 M. berechnet. Für diese „Wirtschaft“ müsse Hilfe geschenkt werden. Entschließt man sich nicht dazu, dann müsse das Verhöhrungsamt eingreifen. Darauf wolle der Vorstand es aber nicht ankommen lassen, und er beantragt daher die Erhöhung der Beiträge von 6 auf 5½ Prozent des Grundlohns, und da diese Maßnahme allein nicht genügt, die Abnahme des spätestens Krankenfondes als Rohrleitungen. Zu diesem letzteren Antrag habe er sich nur schweren Herzens entschließen können im Interesse der Verarbeitung der übrigen Wehrleistungen. Die mit dem 1. Januar d. J. neu eingeführten Kinderzuschüsse zum Krankengeld sollten beibehalten bleiben, so daß der österreichische Familienfond im Krankenfall doch nicht schlechter gestellt sei als jetzt. Der Berichterstatter bewies dann noch auf die Einführung der Beiträge für Sonnabge, und zwar bei denjenigen Besitzern, bei denen dieser Tag als Arbeitstag galt, z. B. bei Dienstleuten, Kellnern, Fuhrleuten, Handlungsgeselln usw. Außerdem die Herren Haase, Jede, Gerhard und Neumann zu den Anträgen gestritten hatten, gelangte die Vorlage ohne Widerpruch zur Annahme. Für die Beitragserhöhung, über welche in beiden Gruppen getrennt abgestimmt werden mußte, stimmten Arbeitgeber und Arbeitnehmer einmütig. Auf einen Antrag des Vorstandes wurde weiter beschlossen, von der Ausstellung eines Voranschlags für das Jahr 1919 abzusehen, da, wie der Geschäftsführer in seiner Begründung dazu ausführte, es bei den heutigen ebnormen Verhältnissen gar nicht möglich sei, für ein kommendes Jahr Zahlen einzuschätzen. Dafür sei Beweis der 1918er Voranschlag, der hinter dem tatsächlichen Auswand um etwa 450 000 M. zurückblieb. Was die Ausstellung eines Rechnungsvoranschlags aber noch ganz besonders erstaunte, sei die durch die Verordnung vom 22. November d. J. ausgesprochene Heranziehung der Angestellten bis zu 5 000 M. jährlichem Arbeitseinkommen zur Verhöhrungspflicht. Über die Folgen dieser Verordnung könne man sich nur Stunde nach sein Bild machen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden zu Rechnungsprüfern die Herren Hanjoh, Fleischweser, Drehler, Pfeifer und Wissling gewählt.

Bei den Plünderungen im Schloss sind leider auch in der Abteilung 7 (Gefäße für kriegsgefangene Deutsche) zwei Schatzkästen gestohlen worden. Es handelt sich um eine ziemlich neue Continental- und eine ältere Deutscheschiff, vor deren Aufzug dringend geraten wird. Der Geschichtsbild ist besonders betroffen im Hinblick darauf, daß die beiden Abteilungen sich für das Schatzkästchen unserer Gefangenen in Feindselnd sehr verdient gemacht haben und durch den Verlust der Maschinen in großer Verlegenheit geraten sind. Vielleicht entschließt sich der Befehlende dazu, die Maschinen wieder zurückzubringen.

Der Wiederbeginn des Schulunterrichts. Der Unterricht an den Schulen am Niederrhein und in der Niederschlesie beginnt am Montag, in allen übrigen vorübergehend geräumten Volks- und Mittelschulen am Donnerstag.

Zur Übergangswirtschaft. Das Kriegsamt in Berlin (Kriegsabfertigstellung) teilte im Auftrag des Demobilisationsamts telegraphisch mit: „In den besetzten Gebieten sind die Beschlagnahmedestimmungen für Beder, Häute und Felle aufgehoben. Die Höchstpreise bleiben bestehen. In den neutralen Zone werden alle Bestimmungen aufrecht erhalten. So weit sie aufgehoben sind, sollen sie wiederhergestellt werden.“

Auch ein Zeichen des Kriegsendes. In den Herbergen tauchten die ersten reisenden Handwerksburschen wieder auf und suchten Beschäftigung.

Gestohlen wurden in der Zeit vom 2. bis 4. d. M. einem hiesigen Bürger aus seinem Garten auf der Adolfs Höhe 20 hochstammige Kirschens- und 20 hochstammige Zwetschkenbäume von einer noch nicht ermittelten Person, deren Sprit nach Biebrich führte. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung ausgesetzt.

Gebr. Hause. Gestern abend machte sich ein junger „Spaz.“ eine Gastkarte in ein Haus an der Schwalbacher Straße zu. Das ganze Haus füllte sich im Raum mit Gas, so daß die Meinung entstand, daß die Beleuchtung un-

blickt sei und Gas austreten lasse. Die Feuerwehr wurde daher herbeigerufen, welche bald den ordnungsgemäßen Betrieb wiederherstellte.

Keine Notizen. In dem Bericht der Samariterabteilung des Deutschen Roten Kreuzes ist zu bemerken, daß der Leiter des Kreises für Helferinnen Herr Dr. Schmid (nicht Herr Dr. Schmidt) war, dem u. a. auch zum Dank die Dankesworte galt. Herr Dr. Schmid leitete an die Ärzte rietende, welche sich im Ausbildung der Helferinnen zur Verhöhrung getestet hatten. — Ein Kommandeur und gestern nachmittag in dem Hause Blücherstraße 7 jährt zur Ritterung der ständigen Feuerwehr. — Ein Unglücksfall ereignete sich gestern abend in einer Wohnung in der Albrechtstraße, wo in selter schlechten Schwierigkeiten ein junger Mann das Schwulstseil verlor, so daß ein Arzt herbeigerufen werden mußte.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Kunstaus. Um Mittwochabend 8 Uhr findet im Abendmuseum im großen Saale ein Ausstellungssitzung statt. Das Nachmittagskonzert fällt auf diesen Tag aus.

Aus dem Vereinsleben.

Der Verein Frauenbildung — Frauenstudium veranstaltet Mittwoch, 4 Uhr, in den Vereinsräumen Orientstraße 12 einen Vortragssamstag, gehalten von Frau Rosenthal: „Rückblick für Wahlkämpfer.“

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Dorheim, 10. Dez. Auf der letzten Gemeindeversammlung wurde auch die Frage der Kleinfürscole angekündigt. Vor mehr als 20 Jahren ist seitens der evangelischen Kirchengemeinde eine solche Schule hier ins Leben gerufen worden, die sich seit einem guten Besuch erfreute. Da man jetzt aber auch mit dem Gedanken umgeht, eine katholische Kleinfürscole zu gründen, so wurde es, um Seinverhältnissen im Frieden und um jeden konfessionellen Wettbewerb in dieser Hinsicht vorzubringen, als wünschenswert bezeichnet, die jetzige Schule in eine freie umgewandelt und auf die Gemeinde zu übernehmen. Schwierigkeiten entstehen dabei darin, Übernahme des Gebäudes. Dieses steht nämlich auf der Eigentum des gebenden Boden und ist von Teil aus als ökonomische Geldsammlungen erbaut worden, so daß die Aneignung der Brandverwertungssätze als nicht angängig erachtet wurde. Die Angelegenheit soll sobald als möglich zum Abschluß gebracht werden.

— Brauweiler, 10. Dez. Am Freitag wurde hier unser Bürgermeister Sitz bestätigt, der früher lange Zeit an der Spitze unserer Gemeinde stand und momentan auf dem Gebiete des Gewerbelebens sehr eingeschworen ist.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Die Besetzung in Mainz.

— Mainz, 10. Dez. Gestern nachmittag begann der Einsatz der ersten Frauengruppe in Mainz. Ein Infanterie-Regiment mit leichter Artillerieverschärfung veranstaltete unter Vorantritt einer Musikkapelle einen Aufzug durch die Stadt. Es sind insgesamt etwa 2000 Männer eingetroffen. Auf Anordnung des französischen Militärfeldhofs für Mainz haben alle deutschen Militärs, verstreut in Offiziere, Sanitätsbeamte, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften, französische Offiziere, Sanitätsbeamte, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften, den französischen Offizieren die vorwärtsmäßige Abreise bezeugen zu erwerben. Ungehorchen gegen diesen Befehl wird streng bestraft. Seit 12 Uhr gestern mittag ist der Personenverkehr über die Mainzer Eisenbahnbrücke eingestellt. Die rechte des Rheins laufenden Züge verkehren zunächst noch weiter. Schon aus der Provinz Hessen Wiederkommen meldeten vorliegen, sind in Worms französische Verteilung am 6. Dezember, abends, eingetroffen. Am Samstag erfolgte die Übernahme der Post und die vorläufige Sperrung des Telegraphen- und Telephonwerts.

— Frankfurt a. M., 10. Dez. In der Nacht zum Sonntag wurde am Eisenbahntrangriffspunkt nahe dem Bahnhof ein Feldwachtbataillon der ersten Frauengruppe in Mainz. Ein Infanterie-Regiment mit leichter Artillerieverschärfung veranstaltete unter Vorantritt einer Musikkapelle einen Aufzug durch die Stadt. Es sind insgesamt etwa 2000 Männer eingetroffen. Auf Anordnung des französischen Militärfeldhofs für Mainz haben alle deutschen Militärs, verstreut in Offiziere, Sanitätsbeamte, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften, den französischen Offizieren die vorwärtsmäßige Abreise bezeugen zu erwerben. Ungehorchen gegen diesen Befehl wird streng bestraft. Seit 12 Uhr gestern mittag ist der Personenverkehr über die Mainzer Eisenbahnbrücke eingestellt. Die rechte des Rheins laufenden Züge verkehren zunächst noch weiter. Schon aus der Provinz Hessen Wiederkommen meldeten vorliegen, sind in Worms französische Verteilung am 6. Dezember, abends, eingetroffen. Am Samstag erfolgte die Übernahme der Post und die vorläufige Sperrung des Telegraphen- und Telephonwerts.

Handelsteil.

Freigabe der Rheinschiffahrt.

— Berlin, 10. Dez. Die der Regierung nahestehende Politisch-parlamentarischen Nachrichten meldet: Die Rheinschiffahrt ist jetzt freigegeben. Sie steht unter der Kontrolle der heute in Köln eingetroffenen interalliierten Schiffsverkehrscommission. In Duisburg, Emmerich, Straßburg und Mainz hat diese Unterausschüsse bestellt. Die deutsche Regierung hat in Köln ein Kommissariat eingerichtet, das ein Dienstgebäude in der Eisenbahndirektion hat. Vorsteher dieses Kommissariats ist Hauptmann Reeser. Alle Beschwerden über Unterbrechung der Rheinschiffahrt sind an die interalliierte Schiffsverkehrscommission zu richten.

Banken und Geldmarkt.

— Berliner Geldmarkt. Berlin, 10. Dez. Der Geldmarkt ist dauernd leicht. Tägliche Geld bedarf 4½ Proz. und darüber. Die Banken sind dauernd Käufer für Schatzanweisungen.

— Gegen die übertriebenen Leerverkäufe an der Börse Berlin, 10. Dez. Der Berliner Börsenvorstand setzte heutige die alten Lieferungsbedingungen, die im November 1917 aufgehoben wurden, wieder in Kraft. Dadurch wird die Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse eingeschränkt. Eine dreitägige Lieferfrist auf grundsätzlich mindestens einen Tag verkürzt. Diese Verschärfung der Erfüllungsbedingungen geschieht momentan, um allgemein die Oberstufe von Leerverkäufen, momentan wohl aber des Störungen vorzubereiten, die der freie Markt in Kriegsanleihen infolge Ausnutzung der Lieferfreiheit zunächst erlitt.

Amtliche Devisenkurse in Deutschland.

W.T.B. Berlin, 10. Dez. (Drahtbericht) Telegraphisch	Ausschüsse für	Holland	343.50 G.	M. 343.50 R. für 100 Gulden
		Dänemark	202.25 G.	204.00 R. • 100 Kronen
		Schweden	231.25 G.	231.75 R. • 100 Kronen
		Norwegen	216.75 G.	217.25 R. • 100 Kronen
		Schweiz	163.75 G.	164.00 R. • 100 Francs
</td				

Ausnahmetage

Auf vielseitigen Wunsch geben wir Jedem, der sich bis zum zum 18. Dezember im Preise von 6.— Mark an bei uns eine Aufnahme bestellt

ganz umsonst

eine Vergrößerung seines eigenen Bildes, 30 x 36 cm, einschl. Karton.

Phot. Atelier mit billigen Preisen.

Aufnahmen abends bei elektrischem Licht, genau wie Tageslicht.

Vergrößerungen nach jedem Bilde billigst.

Samson & Cie.
G. m. b. H. Gr. Burgstrasse 10

Ich halte wieder Sprechstunden von 11 bis 12 und 3½-5½, Sonntags nur nach Anmeldung.

Dr. Schlesinger

Spezialarzt für Ohren-, Nasen- und Halsleiden, Wilhelmstraße 30. T. 5999.

Husten.

Wiesbadener Tabletten
gebraucht man gegen Husten, Heiserkeit, Rachen-
katarrh und dergl. mehr. 1166
Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.

Aus dem Felde zurück
habe mein Geschäft wieder eröffnet. — Schuh-
macherei: Taunusstraße 44, Hof rechts.

Johann Messert, Schuhmacher
Wohnung: Weilstraße 10, 1.
Militärschuhe und Stiefel werden geändert.

Die beliebte Zigarre

Graf Bernsdorf
empfiehlt als Weihnachtsgeschenk

Zigarrenhaus Meyer
Langgasse 26. Taunusstraße 4.

Rolladen und Jalousien
werden sofort nachgemäß bei reellen Preisen repariert.
Fernspr. 1710 (Grüne Radier).

Rolladen-Institut Metzger, Mauritiusplatz 3.

Belze

in reicher Auswahl, passende Weihnachtsgeschenke, billig
Wiesbaden 28, Mittelbau 1 Stiege rechts.

N.B. Auch alle Umarbeit, Reparaturen werden
gut und billig angefertigt.

50 starke Pferde

heute morgen Mittwoch früh billig zum Verkauf bei

S. Barmann,
Erbenheim Neugasse.

Prima Pferdefleisch
ohne Marken.

S. Barmann Wwe., Erbenheim,
Neugasse 35.

Verkauf jeden Tag von morgens 8 bis nachmitt. 5 Uhr.

Gute Arztepraxis

in Wiesbaden oder Umgebung zu übernehmen gehucht.

Offerten an Bismarckring 37, 2.

Frau Rammenberg
Hessendammstraße 17, lauft:
Alle Sonnab. Nachraben,
Decken „nebr. Möbel,
Küchene!!!
Küche zu stannend haben
Preisen nebr. Möbel jeder
Art anzu. Einrichtungen,
Küchene. Möbel. Hess-
endammstraße 53. 2. St.

Wadethete,
über 5 Mtr. lang. Au-
ßenan. gelucht. Preis
Dortheimer Straße 102.

Reparaturen

an elektr. Büchleisen,
Leisäßen. Kochöfen usw.
sowie Umarbeiten von 220
auf 110 Volt. Reparieren
u. Neuanen von elektr.
Alimenten werden schnell
out und billig ausgeführt.
Bestellungen werden bei
Lang, Feldstr. 12, Part.
entgegengenommen.

Gartenerbeiten

werden auf ausführlicher
Rauenthaler Straße 9
Mittelbau 3 St. rechts.

Saubere Fußpflege

für mon. 2 Stunden gef.

Schröder. Kirchasse 29.

Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle.
Am 7. Dez.: Kind Helene
Grimm, 2 J.; Hausdielde
Ludwig, 26 J.; Direktorin
Sofie Euerbach, 37 J. — 8.
Kind Erich Krupp, 1 J.; Kind
Anneliese Wolfshammer, 9 J.;
Kinder Schieß, ohne Vornam.
geb. 10 J.; Witwe Johanna Hölper,
geb. Böller, 51 J.; Stilie Maria
Höflich, 24 J. — 9.: Hausdame
Anna Höflich, geb. Röder,
62 J.; Oberfrau Rosa Baller,
geb. Dörrer, 22 J.; Kind
Erich Haas, 1 J. — 10.: Witwe
Mathilde Wex, geb. Röder,
41 J.; Chefr. Elisabetha Bänz,
geb. Kellner, 65 J.

Das Seelenamt für den am 3. De-

zember 1918 zu Bochum verstorbenen

Oberarzt der Res.

Dr. med. Karl Ochs

findet am Mittwoch, den 11. Dez. 1918,

vermittags 9 Uhr, in der Dreifaltigkeits-

kirche statt.

200 Mark

Belohnung!

Gold. Uhr

mit Schleawert. 3 Deutl.

1 Karatia.

Brieftasche

mit Inhalt u. Militärabs.
abhanden gekommen. Wer
wirkt obige Belohnung bei

zuer.

Elßville Straße 3.

Vortemon. mit 100 M.

verl. El. Woh Sonnenb.

Lochb., von da Sonnasse.

Goulinstr. Abau, oca. a.

Belohnung Sonnenber.

Am 3. oder auf
dem Rundbüro.

Verloren.

Armes Dienstmädchen, ver-

lor am Dienstagvormittag

Vortemonie mit einem

50 M.-Schein.

Der ehr.

Wander wird um Rundb.

neben Belohnung auf.

Abauachen Kaiser-Akadem.

Am 42. 2. Stod.

Verloren!

Handtäschchen

am Kaiser-Friedrich-Ring.

ein Inhalt Kettarten.

ein Schlüssel zum Gedenk-

Belohnung abauach Kupfe.

Zuremburg-Droarie.

Zöpfe

in allen Qualitäten und Preislagen vorrätig.
Anfertigung aller vorkommenden

Haararbeiten

auch von ausgekämmten Haaren.

Damen-Friseur **Dette** Michelsberg 6.

Weihnachts-Geschenk!

Aufnahmen im eigenen Heim!

Beste Ausführung.

Dutzend 36.— Mk. und 12.— Mq.

Elisabeth Frantz, Sonnenberger
Str. 64, part.

Brillant-Röllier

aus privater Hand, 8 R. große weißblaue Steine zu ver-
kaufen d. Frau Gertrude Mager, Riehstraße 23, 1, am
Ring. Anzugeben von 1-4 Uhr.

Kranken-Weine!

Oberingelb. rot 11. 750
Türk. Bura. 11. 8.—
1917. Winsler 11. 7.—
ohne Glas u. Steuer.
Hubert Schütz u. Co.
Blücherstraße 25.

Brillantring od. Schmuck

zu kaufen gesucht.

Rimmermann.

Raulbrunnenstraße 9. B.

Brillanten, Perlen,

Schmuckfach. Bandscheine,
Uhren, Ketten, Service,
Leuchtur. kaufen teils zu
hohen Preisen.

Geizhals,

Webergasse 14. Tel. 4139.

Gebr. Harmonium

zu kaufen gesucht. Offert.

Rimmermann.

Raulbrunnenstraße 9. B.

Mandoline

zu erhalten, voller Ton,
zu kaufen gesucht. Angeb.

Schiersteiner Str. 27. 2.

Leppiche, Läufer

Postlagen aller Art zu
kaufen gesucht. Tel.
1. 11. D. Sipper. Rieh.
straße 11. Telefon 4878.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nach-
richt, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat,
unseren lieben Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Nefle,

Ludwig Witte,

nach kurzem, schweren Leiden im Alter von 30 Jahren
in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Reinhard Witte.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 12. Dez., mittags
3 Uhr, vom Sterbehause, Schierstein, Bierweg 7, aus statt.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht,
daß unsere liebe, herzensgute, treulose, unvergessliche Mutter, Schwester,
Schwiegermutter, Großmutter, Tante, Schwägerin und Tantenmutter

Trau Johannette Hölper, geb. Böller.

Sonntag morgen 4 Uhr nach Litzen, Schwert, mit Geduld ertraginem

Leiden jaßt entschlafen ist.

Im Namen der Hinterbliebenen

Die trauernden Kinder:

Wolf Schütte und Frau, geb. Hölper

Ursula Hölper

Frau Siegler, geb. Wolf.

Wiesbaden (Webergasse 43), den 10. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 2½ Uhr auf dem Süd-

friedhof statt.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein
teurer Gatte, mein guter, fürsorgender Vater und Großvater

Alexander Zimmer

Privatier

am 8. Dezember, abends 10 Uhr, von seinen langjährigen schweren Leiden im

78. Lebensjahr erlöst wurde.

Dies zeigt tiefbetrübt an:

Frau Maria Zimmer, Wwe., geb. Fischer

Anna Neuhoff, geb. Zimmer

Robert Neuhoff, Landesfleißer

und 2 Enkel.

Wiesbaden, Steinstraße 21, den 10. Dez. 1918.

Die Feuerbestattung findet Mittwoch, den 11. d. Mts., norm. 10 Uhr, auf

dem Südriedhof statt.